

Parlamentarischer Vorstoss

2024/412

Geschäftstyp:	Motion
Titel:	Menschenrechte stärken – Racial Profiling verhindern!
Urheber/in:	Ronja Jansen
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Boerlin, Candreia-Hemmi, Ismail, Jaun, Kaufmann Urs, Koller, Locher, Meschberger, Mikeler, Noack, Roth Urs, Strüby-Schaub, Wyss
Eingereicht am:	13. Juni 2024
Dringlichkeit:	—

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat die Schweiz im Falle des Aktivisten Mohamed Wa Baile einstimmig wegen rassistischer Diskriminierung verurteilt. Wa Baile wurde in Zürich einer willkürlichen Polizeikontrolle unterzogen, für welche ihm die anwesenden Polizist*innen keinen Grund nennen konnten. Der Aktivist vermutete dahinter Diskriminierung aufgrund seiner Hautfarbe.

Die Schweiz hat es in der Folge versäumt auf Mohamed Wa Bailes Beschwerden einzugehen und wurde daraufhin am EGMR verurteilt und aufgefordert Racial Profiling Fälle künftig sorgfältiger zu Prüfen und die gesetzlichen Grundlagen dahingehend zu ändern, dass die entsprechende Praxis künftig verhindert wird.

Denn für die negativ betroffenen Personengruppen hat Racial Profiling grosse negative Auswirkungen auf das Alltagsleben: Die diskriminierenden Kontrollen sind eine öffentliche Demütigung, kosten Zeit und schwächen das Vertrauen in die Polizeiarbeit bei den betroffenen Bevölkerungsteilen.

Das Urteil ist ein Weckruf und muss auch von den Kantonen ernst genommen werden. Entsprechend wurden in zahlreichen Kantonen Bemühungen gestartet, um diskriminierende Kontrollen künftig zu verhindern. Seitens des Kanton Basellandschaft wurden bisher keine zusätzlichen Massnahmen ergriffen. Der Kanton stellt sich auf die Position, dass die Polizist*innen in Bezug auf Racial Profiling bereits heute genügend geschult würden. Das Problem: Solche Schulungen gibt es in zahlreichen Kantonen, doch gerade die Verurteilung des EGMR hat gezeigt, dass diese offenbar nicht ausreichen. In Kanton Baselland werden Polizeikontrollen intern zudem kaum dokumentiert, was das Aufdecken von missbräuchlichen Kontrollen massiv erschwert.

Eine Massnahme, die Abhilfe schaffen könnte, ist die Einführung eines Quittungssystems bei Polizeikontrollen. Dabei sollen kontrollierte Personen jeweils eine schriftliche Bestätigung der Kontrolle erhalten, welche den Grund der Kontrolle aufführt.

Der Regierungsrat wird gebeten ein solches Quittungssystem für Polizeikontrollen einzuführen, damit Betroffene die erlebten Kontrollen einfacher dokumentieren können, allfällige Racial Profiling Fälle besser untersucht werden können und die statistische polizeiinterne Überwachung der Kontrollpraxen vereinfacht wird.